

Wider die Asyllügen und Vorurteile

Fred Schmid · Montag den 25. Januar 2016

Vorveröffentlichung aus dem isw-Report 104 „Auf der Flucht“, der Mitte Februar erscheint.

Fakten und Argumente zum Thema Flüchtlinge und Asyl.

Vorbemerkung

Das Problem bei einer Diskussion zum Thema „Asyl“ und Aufnahme oder Ablehnung von Flüchtlingen ist, dass Menschen auf Zahlen reduziert werden, zu Kostenfaktoren degradiert und Kosten-Nutzen-Überlegungen angestellt werden. Es geht aber um Menschen, die ums Überleben kämpfen - Humanität und Solidarität dürfen deshalb nicht unter Kostenvorbehalt und Nützlichkeitsabwägungen gestellt werden. Hilfe in Not darf nicht zur ökonomischen Kategorie verkommen. Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht relativierbar, stellte das Bundesverfassungsgericht 2012 fest.

Wenn wir hier dennoch Zahlen verwenden, über Kosten und Arbeitsplätze sprechen, dann nur aus dem Grund, die kursierenden Hetzparolen zu widerlegen.

VORURTEIL 1

Wir sind nicht das Sozialamt für die ganze Welt. (Seehofer). Wir können nicht die ganzen Flüchtlinge aufnehmen.

Die CSU hat sich inzwischen Pegida- und NPD-Parolen zu eigen gemacht, um Furcht und Panik zu verbreiten. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer hatte schon im Juli 2015 die Stimmung mit diesen Worten angeheizt: „An den Grenzen stehen 60 Millionen Flüchtlinge. Wie sollen wir dieser Massen Herr werden? Deutschland kann nicht die ganze Welt retten“ (zit. nach focus, 20.7.15).

Für das Jahr 2014 registrierte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) weltweit 59,5 Millionen Menschen auf der Flucht: 38,2 Millionen dieser Menschen - fast zwei Drittel (64 %) - waren Binnenvertriebene, lebten nach Angaben des Jahresberichts von UNHCR heimatlos innerhalb ihrer eigenen Länder. Nur 19,5 Millionen, die die Grenzen überschritten, werden von UNHCR als Flüchtlinge bezeichnet. Davon haben 86 Prozent eine notdürftige Unterkunft in den meist riesigen Flüchtlingslagern und - Städten der angrenzenden Schwellenländer gefunden. 1,8 Millionen Menschen werden in der UNHCR- Statistik gesondert als „Asylsuchende“ eingestuft. Kaum zehn Prozent der Flüchtlinge - die ihre Landesgrenzen überschreiten - schaffen es in die reichen Industrieländer des Nordens und können dort einen Asylantrag stellen. Obwohl diese Metropolen des Kapitalismus durch militärische und strukturelle Gewalt die Hauptverursacher der Flüchtlingsmisere sind, bekommen sie es bislang nur mit einem Bruchteil des Elends zu tun.

Anders die Randstaaten der Flüchtlingsbrennpunkte:

Die Hauptaufnahmeländer waren Mitte 2015 (nach UNHCR Mid-Year Trends 2015, S. 6 und 7): Türkei 1,81 Mio., Pakistan 1,5, Libanon 1,2, Iran 0,98, Äthiopien 0,7, Jordanien 0,66, Kenia 0,55, Tschad 0,42, Uganda 0,42, Sudan 0,36 Millionen - Deutschland rangiert nach UNHCR nicht unter den ersten zehn Aufnahmeländern; erst Ende 2015 dürfte es mit etwa 800.000 Flüchtlingen zu den

Top 10 gehören. Bezogen auf die Bevölkerungszahl Deutschlands ist das etwa ein Prozent; von der wirtschaftlichen Leistungskraft gar nicht zu reden. Im Libanon sind 25 % der Bevölkerung Flüchtlinge, in Jordanien 9 Prozent.

Unter den zehn Hauptaufnahmeländern (nach absoluten Zahlen) befand sich 2014 kein einziges EU-Land; bezogen auf 1000 Einwohner war Schweden das einzige EU-Land (Platz 10) unter den zehn wichtigsten.

Als Hauptherkunftsländer registrierte UNHCR Mitte 2015: Syrien 4,2 Millionen Auslandsflüchtlinge (+ 7,6 Mio. Binnenflüchtlinge), Afghanistan 2,6 Mio., Somalia 1,1 Mio., Südsudan 0,75, Sudan 0,65, Kongo 0,54 Mio., Myanmar 0,46 Mio., Zentralafrikanische Republik 0,47 Mio., Irak 0,39 Mio. Eritrea 0,39.

„Die Zahlen deuten darauf hin, dass die von der NATO angezettelten Bürgerkriege und Militärinterventionen zwecks „Regime Change“ zwar ein seit 2001 konstant an Bedeutung gewinnender Motor der Flucht-bewegungen sind, aber doch nicht der einzige“, schreibt Knut Mellenthin in der jungen weit (8.10.15). Insbesondere 2015 wird durch kumulierende bewaffnete Konflikte und Bürgerkriege, als auch durch die sich aufschaukelnde ökonomische und ökologische Krise ein neuer Scheitelpunkt der Flüchtlingswelle erreicht. Die strukturelle Gewalt des Kapitalismus erweist sich nun als Bumerang, der auf seine Ausgangsländer zurück schlägt. Dazu kommt, dass die Situation in den Flüchtlings-„Städten“ im Libanon, Jordanien und der Türkei inzwischen unerträglich geworden ist, weil UNHCR inzwischen das Geld ausgeht. Von den für die Versorgung der Flüchtlinge 2015 veranschlagten vier Milliarden Euro ist noch nicht einmal die Hälfte eingegangen. So stehen z.B. jedem Flüchtling in Jordanien derzeit weniger als 13 Euro monatlich für Essen zur Verfügung (SZ, 1.10.15).

Kein Wunder, dass die „Völkerwanderung“ aus dem Süden sich zunehmend in Richtung Industrieländer des Nordens bewegt, wo z.B. in den G7-Staaten nur zehn Prozent der Weltbevölkerung fast die Hälfte des Welt-Sozialprodukts für sich beanspruchen und mehr als ein Drittel der globalen Ressourcen. Der portugiesische Chef des UNHCR, Antonio Guterres, in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters: „Unglücklicherweise bemerken die Reichen die Existenz der Armen erst, wenn die Armen die Hallen der Reichen betreten“ (zit. nach jw, 8.10.15).

VORURTEIL 2

Aber in Europa nimmt Deutschland doch die meisten Flüchtlinge auf.

2015 macht die Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge einen Quantensprung nach oben. Im EASY-Erfassungs-System (Erstverteilung der Asylbegehrenden) wurden 2015 1,092 Millionen in Deutschland registriert; im gleichen Zeitraum wurden 476.649 Asylanträge gestellt - 273 Tausend mehr als im Vorjahr und das höchste Kontingent in Europa. Bezogen auf die Einwohnerzahl, ist Deutschland aber erst auf Platz vier in der EU, hinter Schweden, Ungarn und Österreich. Anteile unter den Flüchtlingen (Zuwanderungen): Syrien 39,2 %, Afghanistan 14,1 %, Irak 11,1 %, Albanien 6,4 %, Kosovo 3,0 %. Fast zwei Drittel - 64,4 % - stammen aus den drei Ländern Syrien, Afghanistan und Irak, in denen Deutschland zusammen mit anderen NATO-Ländern Krieg führt. Asylanträge: Die Hauptherkunftsstaaten der in Deutschland gestellten Erstanträge von Asylbewerbern waren: Syrien 35,9 %, Albanien 12,8 %, Kosovo 7,6 %, Afghanistan 7,1 %, Irak 6,7 %, Serbien 3,8 %, Eritrea 2,5 %, Mazedonien 2,1 %, Pakistan 1,9 %, sonstige 20,2 %. Die Flüchtlinge aus den sechs erstgenannten Herkunftsländern stellen fast Dreiviertel (73,9%) aller Erstanträge. Es sind alles Staaten, wo sich EU und NATO „weltordnend“ und im Namen von Demokratie und „Freier Marktwirtschaft“/Freihandel eingemischt haben. Und Deutschland voran: Als Kriegspartei im Jugoslawienkrieg (Serbien, Kosovo), als „Vaterlandsverteidiger“ am Hindu kusch (Afghanistan), durch Waffenlieferungen an

arabische Despoten (Saudi Arabien, Katar, Vereinigte Arabische Emirate), wo sie dann bei al-Quaida und al-Nusra und IS in Syrien und Irak landeten, als Kriegspartei im syrischen Bürgerkrieg, durch Bereitstellung militärischer Infrastruktur für den Irak-Krieg usw.

VORURTEIL 3

Das Boot ist voll. Mehr geht nicht. Wir brauchen Obergrenzen (Kontingente).

Diese Behauptung soll suggerieren, dass wir alle untergehen, wenn wir noch mehr Flüchtlinge aufnehmen. Vor allem Rechtspopulisten von Pegida bis

CDU/CSU und Springerpresse argumentieren demagogisch, dass man Deutschland wegen Überfüllung schließen müsse. Aber auch sozialdemokratische Spitzenpolitiker stoßen in das Horn. SPD-Bundestags-Fraktionschef Oppermann spricht von „Grenzen der Aufnahmekapazität“. Sie übersehen dabei, dass ihre Abwehr-Forderungen schlicht gegen die Verfassung verstoßen. Nach Artikel 16 des Grundgesetzes zählt das Asyl recht („Politisch Verfolgte genießen Asyl recht“) zu den Grundrechten, die nicht abgeschafft – wie es Politiker der CSU fordern – oder eingeschränkt werden dürfen. Gleiches gilt für die Genfer Flüchtlingskonvention, die Deutschland mit unterschrieben hat. Diese Rechte können auch nicht kontingentiert oder gedeckelt werden. Unabhängig davon: Wie soll eine Kontingentlösung bei diesen gewaltigen Trecks praktiziert werden? Mit Waffengewalt oder Internierungslagern an den Grenzen? Flüchtlings-„Wanderung“: In der öffentlichen Debatte um die Flüchtlinge spielen in der Regel nur die Zugangszahlen eine Rolle. Es wird ausgeblendet, dass viele Flüchtlinge Deutschland wieder verlassen. Berücksichtigt man das, dann hat sich die Zahl der in Deutschland lebenden Flüchtlinge in den letzten 17 Jahren sogar reduziert. Das ergibt sich aus einer Anfrage der LINKEN (Bundestagsdrucksachen 18/3987 und 16/8321): Danach lebten Ende 2014 insgesamt rund 630.000 Flüchtlinge in Deutschland, das waren 0,8 % der Bevölkerung. Davon waren etwa 338.000 anerkannte Flüchtlinge, sowie 291.000 Asylsuchende bzw Geduldete. Ende 1997 betrug die Gesamtzahl der so gezählten Flüchtlinge noch über eine Million (Die LINKE: Flüchtlinge willkommen heißen-Vorurteilen entgegneten).

2015 und auch in den Folgejahren wird allerdings die Zahl der zuwandernden Flüchtlinge weit größer sein als die, die Deutschland wieder verlassen bzw. abgeschoben werden. Vor allem solange die Ursachen, die zur Flucht treiben, nicht beseitigt oder abgeschwächt sind. UNHCR schreibt in ihrem Halbjahresbericht, dass die Chance für die Flüchtlinge, in eine sichere Heimat zurückzukehren, heute geringer ist als zu jedem anderen Zeitpunkt in den letzten 30 Jahren (UNHCR-Presse, 18.12.15).

Angesichts der Wirtschaftskraft Deutschlands, besteht dennoch kein Grund zur Panikmache. Nach einer Umfrage unter Flüchtlingen wollen 80 Prozent in ihre Heimatländer zurückkehren, sobald sich die Situation dort stabilisiert hat. Aber selbst wenn sie das in absehbarer Zeit nicht können oder wollen: diese Flüchtlinge sind die Opfer neoliberaler Globalisierung, die mit Handelsdiktaten, Finanz- und Kriegswaffen vorangetrieben wird. Wer den Flüchtlingsstrom zum Versiegen bringen will, muss die Fluchtursachen bekämpfen: Krieg, Gewalt, Terrorherrschaft, Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit, Seuchen. Heribert Prantl fordert in der SZ (17.10.15) alles zu tun, „um Flüchtlinge wieder zu Ländern (zu) machen, in denen Menschen leben können. Im Fall Syrien heißt



das, dass Merkel mit Putin reden muss, Obama mit den Machthabern in Teheran etc., etc. Der Westen, zumal Deutschland, wird aufhören müssen, die Saudis zu unterstützen, die dann die Waffen an den IS liefern“. Und: „Es gäbe ein Mittel, die Verhältnisse in den Hungerstaaten Afrikas zu verbessern: gerechten Handel. Solange zum Beispiel EU-Butter in Marokko billiger ist als die einheimische, solange muss man sich über den Exodus aus Afrika nicht wundern. Die EU-Subventionspolitik und Freihandel à la TTIP sind eine Politik, die Fluchtursachen schafft. Gegen diese falsche Politik helfen keine Flüchtlings-Auffanglager“.

VORURTEIL 4

Wir können uns so viele Asylbewerber finanziell nicht leisten. Das sprengt unsere Öffentlichen Kassen und Haushalte.

Da ist er wieder: Der Mensch als Kostenfaktor – selbst wenn er sich in Lebensgefahr befindet. Humanität ja, solange sie nicht zu teuer ist. Finanzminister Schäuble wusste genau, welche Reflexe er aktivieren konnte, als er für die Mehrausgaben für Flüchtlinge, globale Minderausgaben im Bundeshaushalt einforderte. Zuallererst dort, wo es den Menschen, den „kleinen Leuten“ in den ärmeren Stadtvierteln, wo auch die Flüchtlinge untergebracht sind, am meisten wehtut: Schließung öffentlicher Einrichtungen wegen der „teuren Flüchtlinge“. Flüchtlinge werden gegen den Rest der Bevölkerung ausgespielt. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), sieht „die Gefahr, dass die Politik jetzt einen Verteilungskampf inszeniert, nach dem Motto: Wir haben kein Geld, um unser Bildungssystem zu verbessern, weil wir Flüchtlinge versorgen müssen. Die Schwächen in unserem Bildungssystem und den Verfall unserer Infrastruktur haben wir jedoch nicht erst, seitdem die Flüchtlinge kommen, sondern schon seit vielen Jahren“ (Spiegel-Streitgespräch, 14.11.15).

Natürlich gibt es die Bleibe und Integration der Flüchtlinge nicht zum Nulltarif. Soll sie gut und schnell gelingen, muss Geld in die Hand genommen werden: Für Sprachkurse, berufliche Fortbildung, Schulen, Sozialwohnungen, Kitas und Krankenhäuser, vor allem aber in Schulen und Lehrer, in Studien- und Arbeitsplätze. Aber jeder Euro, der in eine gute Integration, in Bildung, Qualifikation und Berufsausbildung der Flüchtlinge gesteckt wird, zahlt sich in Zukunft mehrfach aus.

Die Bundesregierung rechnet pro Asylbewerber mit 1000 Euro an staatlichen Zuschüssen im Monat (wovon der Bund nur 670 Euro übernimmt), also rund 12.000 Euro pro Jahr. Bei einer Million Flüchtlingen sind das etwa 12 Milliarden Euro im Jahr. Eine genaue Kostenabschätzung lässt sich jedoch nicht durchführen, da die Gelder zum größten Teil als Nachfrage wieder in die Wirtschaft zurückfließen, die Beschäftigung stärken und auch zu höheren Steuerzahlungen führen (Mehrwertsteuer, Lohnsteuer, etc. – siehe auch Vorurteil 6).

Außerdem: Bedenkt man, dass die Rettung von ein paar Großbanken in der von ihnen ausgelösten Finanzkrise dem deutschen Staat 187 Milliarden Euro an Steuergeldern wert war, dann ist es nur recht und billig, wenn für das Überleben hunderttausender Flüchtlinge wenigstens ein Bruchteil dieser Summe bereit gestellt wird.

Finanzierungsmöglichkeiten:

Doch bleiben wir in der Gegenwart. Unterbringung und Integration der Flüchtlinge sind durchaus zu finanzieren. 12 Milliarden Euro im Jahr kostet die Unterbringung, Versorgung und Integration von einer Million Flüchtlingen. Das Geld dafür ist da:

- Haushaltsüberschuss: Der deutsche Fiskus erzielte

- einen Haushaltsüberschuss von insgesamt 31,4 Milliarden Euro (vgl. SZ, 31.12.15); damit lassen sich die finanziellen Aufwendungen für die Flüchtlinge
- doppelt bis dreifach finanzieren, ohne neue Schulden zu machen.
- Kürzungen im Rüstungsetat: Nach einer Prognose des Ifo-Instituts sinkt der Einnahmeüberschuss des Staates (Bund, Länder, Gemeinden) 2016 um 12,4 Milliarden Euro - u.a. wegen der Ausgaben für die Flüchtlinge. Aber es bleibt noch immer ein Positiv- Saldo. Außerdem könnte man innerhalb des Bundeshaushalts umschichten. Für die kommenden Jahre wären vor allem Gelder aus dem „Verteidigungs“haushalt frei zu machen. Stattdessen steigt der Verteidigungshaushalt 2016 um 1,4 Milliarden Euro auf 34,4 Milliarden Euro - und mit dem zusätzlichen Bundeswehreininsatz in Syrien, in Mali und der wieder verstärkten Präsenz in Afghanistan kommen weitere Milliarden hinzu. Damit werden keine Flüchtlinge gerettet, sondern durch die Kriegseinsätze der Bundeswehr neue rekrutiert.
- Reichensteuer: Es sind aber noch weitere Finanzquellen denkbar, bei denen nicht der Kleine Mann angezapft wird: z.B. eine Vermögensteuer auf Superreiche. Nach einer Studie des DIW besitzt das reichste Promille (Tausendstel) der Bevölkerung, insgesamt 40.000 Haushalte (die berühmten „Oberen Zehntausend“), 17 Prozent des gesamten Privatvermögens in Deutschland: 1,5 Billionen Euro. Würde

man diese obersten Zehntausend nur mit zwei Prozent Vermögensabgabe besteuern, ergäbe das im Jahr 30 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen (und das würde noch nicht einmal an die Substanz gehen, sondern nur die weitere Aufschätzung dieser MegaVermögen etwas verlangsamen). Das Geld ließe sich auch in Form einer Lastenausgleichsabgabe (LAG) erheben (siehe Vorurteil 6).



- Spitzensteuersatz erhöhen: Ab einem Jahreseinkommen von über einer halben Million Euro, könnte der Spitzensteuersatz von jetzt 45% auf 60% erhöht werden. Das würde schätzungsweise zusätzliche Einnahmen von etwa zehn Milliarden Euro erbringen.
- Steuerflüchtlinge stoppen: Es gibt Flüchtlinge, die uns wirklich teuer zu stehen kommen, die ins Geld gehen - die Steuerflüchtlinge. Dieser Flüchtlingstreck in Richtung Luxemburg (LuxLeaks), Liechtenstein, die Schweiz, die britischen Kanalinseln und andere Steueroasen in Europa und Übersee muss unterbunden werden. „Etwa eine Billion Euro (1000 Milliarden!) geht der EU Jahr für Jahr durch Steuerhinterziehung und Steuerumgehung verloren“, erklärte einer, der es wissen muss, EU-Steuerkommissar Algir- das Semetas (FAZ, 6.12.12).
- EZB-Geld für Flüchtlinge: Diesen Vorschlag machte Dr. Helge Peukert, Professor für Finanzwissenschaft an der Uni Erfurt (SZ, 4.11.15). Man müsse bei der Integration der Flüchtlinge „finanziell in die Vollen gehen“, sonst gebe es ein „Desaster mit Schaffung eines neuen Immigranteprekariats“. Zur Bewältigung der „größten Herausforderung des Jahrzehnts sollte die EZB die benötigten Mittel als einmalige Ausnahme zur Verfügung stellen, und zwar zins- und tilgungsfrei, das heißt kostenlos“. Das sei auf jeden Fall sinnvoller, als Milliarden EZB-Gelder in die Banken und Geldmärkte zu pumpen, um die Inflation anzuheizen. Es gehe jetzt „um einen mindestens ebenso wichtigen Rettungsschirm für die Flüchtlinge und die Aufnahmeländer“. Mit den Geldern würden

die Flüchtlinge sofort kaufkräftige Nachfrage entwickeln, also einen Konjunkturimpuls geben; mit weiteren Finanzmitteln könnte der „preisgünstige Wohnungsbau“ angekurbelt werden und schließlich ein Beitrag zur „Verbesserung der Lebensbedingungen in

den Lagern nahe der Konfliktgebiete“ geleistet werden, was wiederum zur Reduzierung der Flüchtlingstreichs beitragen würde.

Fazit: „Es müssen keinerlei Leistungen für deutsche Bürger gekürzt oder gar Steuern (für Otto Normalbürger - F.S.) erhöht werden, um die finanziellen Belastungen für die Flüchtlinge zu bewältigen“ (DIW- Fratzscher im Handelsblatt, 30.10.15). In wirklich finanzieller und logistischer Not sind die Kommunen. Sie sind mit einer menschenwürdigen Unterbringung der stark gestiegenen Zahl von Flüchtlingen überfordert. Rechtspopulisten und Scharfmachern ist das nicht unangenehm, können sie die Gemeinden doch als „Kronzeugen“ für ihre Forderung nach Begrenzung des Zuzugs ins Feld führen.

Doch die Ursachen für chaotische Zustände in Städten und Gemeinden liegen beim Bund und den Ländern. Obwohl ein starker Anstieg der Flüchtlingszahlen für 2015 vorhersehbar war, hat der Bundesinnenminister keinerlei vorbereitende Maßnahmen ergriffen, wurden die Kommunen nicht rechtzeitig mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet. Man wollte offenbar das Chaos zur Stimmungsmache gegen die Flüchtlinge. Die Kommunen müssen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) die Kosten des Unterhalts und der Erstunterbringung tragen. Sobald aber ein Asylbewerber anerkannt ist, wird er automatisch Kunde eines der Jobcenter, die der Bund finanziert. Statt Hilfeleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hat er dann Anspruch auf die in der Regel höheren Hartz-IV-Leistungen (mit Abschlägen).

Es gilt, was Nürnbergs OB Mahly, der auch Präsident des Deutschen Städtetags ist, Mitte Juni erklärte: „Die Bevölkerung ist bereit, die Ankommenden offen aufzunehmen...sofern sie (die Städte) die Finanzmittel zur Verfügung haben“. Der Bund darf seinen Anteil nicht auf 670 Euro begrenzen - bei dem nicht einmal sichergestellt ist, ob es die Länder an die Kommunen weiterleiten -, Bund und Länder müssen die volle Finanzierung übernehmen.

VORURTEIL 5

Die Ausländer plündern unsere Sozialkassen. Das Geld fehlt bei unseren Krankenkassen, die Renten werden unsicher, es droht Altersarmut.

Diese Argumente werden auch von neoliberalen Auf- trags-Wissenschaftlern propagiert, wie z.B. dem Ren- ten“experten“ Professor Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der stramm neoliberalen „Stiftung Marktwirtschaft“: „Die fatale Asylpolitik bringt Altersarmut“. Nach seiner demagogischen Behauptung, die er durch nichts belegen kann, würden 90 Prozent der Ankommenden später in die steuerfinanzierte Grundsicherung bei der Rente fallen. Dadurch würde „die

Altersarmut stark steigen...Die Altersarmut ist kein deutsches Phänomen, sondern wird ein Zuwandererproblem“ (spiegel-online, 15.10.15). Die Flüchtlinge sind danach Schuld und nicht die unsozialen Renten reformen der verschiedenen Regierungen in den vergangenen Jahren, wenn immer weniger Menschen nach einem harten Erwerbsleben mit ihrer Rente auskommen. Raffelhüschen hat an allen Rentenkürzungsreformen kräftig mitgemischt. 22 Milliarden Euro Überschuss in den Sozialkassen durch Ausländer: Dass Ausländer und Zuwanderer die deutschen Sozialsysteme ausbeuten oder gar sprengen, ist reine Legende. Nach einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung profitiert der Sozialstaat von Zuwanderung: „Die 6,6 Millionen Menschen ohne deutschen Pass sorgten 2012 für einen Überschuss von insgesamt 22 Milliarden Euro. Jeder Ausländer zahlt demnach pro Jahr durch-

schnittlich 3.300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben, als er an staatlicher Leistung erhält. Das Plus pro Kopf ist in den vergangenen zehn Jahren um über die Hälfte gestiegen“ (Prof. Holger Bonin, Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt, Bertelsmann Stiftung 2014). Je schneller und besser die Flüchtlinge integriert werden, umso schneller und höher zahlen sie in die Steuer- und Sozialkassen ein.

Von den Asylbewerbern des Jahres 2014 waren 70 Prozent unter 30 Jahren (vgl. ver.di, Dez. 2015, S. 5). Je schneller und besser die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt gelingt, umso positiver wirkt sich das auf Rentenkassen und die zukünftige Altersversorgung aus.

VORURTEIL 6

Die Asylbewerber nehmen uns die Arbeitsplätze weg. Sie drücken die Löhne und vergrößern den Niedriglohnsektor.

Prinzipiell ist hier zu sagen: Im Zuge der neoliberalen Globalisierung wurden für Daten, Waren, Dienstleistungen Geld die Grenzen niedergerissen. Das Geldkapital kann ungehindert und in Sekundenbruchteilen dorthin fließen, wo es sich am besten verwerten kann, wo die höchsten Profite winken. Es vernichtet im Zuge der Spekulation (z.B. Nahrungsmittel, „Energiepflanzen“), des Landraubs, der Plantagenwirtschaft und Monokulturen und dem damit verbundenen Raubbau an Natur und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft gerade in den Entwicklungsländern Existenzen in hoher Zahl. Entgrenzte Welt für das Kapital, Grenzen aber für Menschen, die überleben oder ein etwas besseres Leben wollen. Die Menschen, die davon leben, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, wollen bzw. müssen dorthin gehen können, wo sie diese auch verkaufen, wo sie den höchsten Lohn erzielen können.

Demografie-Falle:

Inzwischen dämmert es auch Kabinett und Kapital: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Ohne erhebliche jährliche Zuwanderung entstünde ein handfestes demografisches Problem. Nach einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bei der Bundesagentur für Arbeit würde sich das Arbeitskräfteangebot in den nächsten zehn Jahren um 6,5 Millionen Menschen verringern, wenn es keine Zuwanderung gäbe. Heute leben in Deutschland rund 45 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter. 2050 werden es ohne Zuwanderung nur noch 29 Millionen sein (Spiegel-online, 10.9.15). Ohne Zuwanderung sehen wir alt aus.

Nach Sozialministerin Nahles „hat das Land Schritt für Schritt anerkannt, dass wir auf Zuwanderung angewiesen sind“ (Spiegel, 5.9.15). Und Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer wertet denn auch die steigenden Flüchtlingszahlen als Chance für den deutschen Arbeitsmarkt: „Wir brauchen für die nächsten 20 Jahre viel mehr Arbeitskräfte, als dieses Land hervorbringen wird“ (HB, 7.9.15). Mercedes-Chef Zetsche erinnert daran, dass „die meisten Flüchtlinge jung, gut ausgebildet und hochmotiviert sind“ (HB, 7.9.15). Die Feststellung wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bestätigt. Gemäß Befragungen gaben 15 Prozent an, eine Hochschule besucht zu haben, 16 Prozent ein Gymnasium und 35 Prozent haben Mittelschulbildung. „Das Qualifikationsniveau ist also relativ hoch“, so der damalige Präsident des BAMF (ebenda).

Es besteht allerdings die Gefahr, dass die Top-Manager hier Rosinenpickerei betreiben wollen oder sich gar für im Kapitalinteresse kontrollierte und gesteuerte Migration einsetzen. Nach Kriterien der Nützlichkeit für ihre Konzerne. DHL-Chef Frank Apel: „Wenn Flüchtlinge rasch Arbeitsbewilligungen erhalten, dann können deutsche Unternehmen wie Deutsche Post DHL Group dieses Potenzial nutzen“ (HB, 7.9.15).

Arbeitsmarkt: Wie ein Konjunkturprogramm:

Eine akute Gefahr für Beschäftigung und Arbeitsplätze geht von den Asylbewerbern jedenfalls nicht aus – trotz aller Horrorszenarien wie sie von Pegida und Neonazis an die Wand gemalt werden. Solche Schreckensbilder wurden auch bei der Massenmigration Anfang der 90er Jahre nach dem Anschluss der DDR verbreitet. Derzeit sucht die Wirtschaft intensiv nach Mitarbeitern, die Arbeitsagentur registriert 600.000 offene Stellen, soviel wie nie zuvor in Deutschland. Frank-Jürgen Weise, Vorstandschef der Bundesanstalt für Arbeit und Leiter des Bundesamtes für Migration (BAMF), sieht durch die Flüchtlinge keine größeren Probleme auf den Arbeitsmarkt zukommen: „Wir rechnen 2016 allein durch die Flüchtlinge mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl um 160.000 im Jahresdurchschnitt. Gleichzeitig nimmt die Erwerbslosigkeit der einheimischen Bevölkerung weiter ab. Hinzu kommt ein durch die Demografie bedingter Rückgang der Erwerbspersonen. Netto dürften im Jahresdurchschnitt 2016 daher nur gut 70.000 Menschen mehr ohne Job sein als in diesem Jahr. Ein Absturz am Arbeitsmarkt sieht anders aus“ (Wirtschaftswoche, 11.12.15, S. 62). Hinzu kommen die Beschäftigungseffekte der zusätzlichen Ausgaben der Flüchtlinge und die zusätzlichen Milliarden für Unterkünfte, Schulen, KITAS, Sprachkurse, zusätzlicher Öffentlicher Dienst zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms, „Das wirkt ähnlich wie ein Konjunkturprogramm“, schreiben die Wirtschaftsforschungsinstitute DIW und RWI (FAZ, 9.10.15).

Auch die Bundesbank kommt in ihrer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass die „zusätzlichen staatlichen Ausgaben wie ein Konjunkturprogramm wirken und das BIP im laufenden Jahr für sich genommen um etwa ein Viertel Prozent erhöhen“ (Bundesbank-Monatsbericht, Dez. 15, S.30). Das entspräche einem Wert von 7,5 Milliarden Euro.

Zudem ist die Bundesregierung aufgefordert, durch eine grundlegende Sanierung und Ausbau der maroden Infrastruktur Arbeitsplätze in großem Ausmaß zu schaffen. Das gleiche gilt für die notwendige Erweiterung der öffentlichen Daseinsvorsorge und öffentlichen Dienste.

Jens Berger schreibt in den NachDenkSeiten (14.9.15): „Gern wird von Seiten der „Wirtschafts-Front“ an dieser Stelle angemerkt, dass Deutschland ja in der Nachkriegszeit auch den gewaltigen Ansturm der Vertriebenen gemeistert hat und diese Anstrengungen das junge Land vorangetrieben haben. Richtig! Aber dann sollte man doch bitte auch erwähnen, wie Deutschland damals dieses Kunststück gemeistert hat: Nämlich durch das Lastenausgleichsgesetz, eine gigantische Vermögensabgabe, bei der Vermögende bis zu 50% ihres Gesamtvermögens abgeben mussten“. (Die Abgabe musste verteilt auf 30 Jahre in einen Ausgleichsfonds eingezahlt werden). Wir könnten es heute billiger haben, indem wir nur von den Superreichen eine Lastenausgleichs-Abgabe erheben.

Spiegel-Angstmacherei mit System

„Bei den Bundesbürgern macht sich zunehmend die Angst breit, dass diejenigen, die nun Woche für Woche zu Tausenden mühelos über die Grenze kommen, das Sozialsystem sprengen und den Wohnungs- und Arbeitsmarkt zum Kollabieren bringen. Nach vorsichtigen Schätzungen werden 1,5 Millionen erwartet. Viele fragen, wieso kommen die noch? Wissen die nicht, dass wir keine Wohnungen und Stellen haben? ... Täglich Schlägereien in Notquartieren, drangvolle Enge in Turnhallen und Kasernen. Frauen werden sexuell belästigt. Und deswegen kommt Gerd Stiller, Bürgermeister im niedersächsischen Rodenberg zu dem Schluss: „Wir halten dieser Belastung nicht mehr stand“. Und er äußert im Namen vieler die Hoffnung: „Hoffentlich wird die Mauer bald wieder dicht gemacht!“ (aus: Der Spiegel, 19.2.1990; der Artikel behandelt den Ansturm der DDR-Bürger auf Westdeutschland nach Öffnung der Mauer – zit. nach Die Anstalt, 22.9.15).

Mindestlohn:

Keine Frage. Ein größeres Angebot an Arbeitskräften wird den Druck auf die Löhne erhöhen. Vor allem im Niedriglohnbereich. Die Unternehmer werden sich diese Chance nicht entgehen lassen. Es zeigt sich jetzt, wie gut es ist, dass der Mindestlohn gesetzlich eingeführt und damit der Ausweitung des Niedriglohnsektors eine Schranke gesetzt wurde.

Kein Wunder, dass jetzt eine Kampagne von Kapitalfunktionären und ihnen ergebenen Wissenschaftlern zur Absenkung bzw. temporären Aussetzung des Mindestlohnes gestartet wurde. Ifo-Präsident Sinn in der Wirtschaftswoche (2.9.15): „Um die neuen Arbeitskräfte in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren, wird man den gesetzlichen Mindestlohn senken müssen“. Inzwischen schlägt er vor, „ihn ganz aufzuheben oder zu senken“ (HB, 20.10.15). Zynischerweise läuft diese Lohndrückerei unter dem Stichwort „Erleichterung der Integration“, wie z.B. beim Präsidenten des NRW-Metallunternehmerverbandes, der unter dieser Fahne die Einstiegstarife in der Branche absenken will (vgl. jw, 16.9.15). Und Schützenhilfe kommt vom Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Hans-Günter Henneke, in der Rheinischen Post: Er fordert „für einen Zeitraum von zumindest drei Monaten die Beschäftigung von Asylbewerbern auch zu einem Entgelt unterhalb des Mindestlohns“ zu ermöglichen. In die gleiche Kerbe schlägt die CSU, die eine Aufweichung der Mindestlohnregeln für Flüchtlinge forderte (HB, 30.9.15). Die Landesgruppenchefin der CSU im Bundestag, Gerda Hasselfeldt, dazu: „Es darf keine Denkverbote geben“. Nein, aber es sollte ein Nachdenkgebot geben, wohin eine solche Politik führt: Zu einem Billigproletariat, das gegen deutsche Niedriglöhner ausgespielt werden kann. Das würde weiterem Rassismus, weiterer Spaltung Vorschub leisten. Die Gewerkschaften müssen höllisch aufpassen, um dies zu verhindern. Bereits jetzt wird mit der Kampagne die notwendige Erhöhung des Mindestlohns abgeblockt. Ver.di hatte auf dem Gewerkschaftstag im September eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns von jetzt 8,50 Euro auf 10 Euro gefordert.

VORURTEIL 7

Die „Asylanten“ nehmen uns die Wohnungen weg. Alteingesessene Mieter werden aus ihren Wohnungen vertrieben, damit dort Flüchtlinge einquartiert werden können.

In der Tat gibt es einzelne Fälle, wo Mieter aus kommunalen Wohnungen ausziehen mussten, weil die Gemeinde dort Flüchtlinge unterbringen wollte. Durch Verbreitung über die sozialen Netzwerke und die Sensationsmedien sorgt das für entsprechende Empörung und Skandalisierung bei der Bevölkerung. Die Städte und Gemeinden haben es in der Tat schwer, die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge unterzubringen. Der Skandal liegt aber nicht in diesen Einzelfällen, sondern in der generellen miserablen Unterbringung der Flüchtlinge: In menschenunwürdigen Sammelunterkünften, in Containern und Turnhallen, Fabriksälen, Zeltstädten, billigst gebauten Flüchtlingsheimen. Selbst bei Anerkennung des Asyls gelingt es nur wenigen Asylberechtigten, eine Wohnung zu ergattern. Sie müssen meist weiterhin in Sammelunterkünften leben.

Die Wohnungsnot in Deutschland, die sich in fehlendem Wohnraum, horrend steigenden Mieten (vor allem in Ballungsräumen) und einer zunehmenden Zahl von Obdachlosen äußert, wurde nicht von den Flüchtlingen verursacht. Sie ist hauptsächlich auf die verfehlte Wohnungs- und insbesondere Wohnungsbaupolitik zurückzuführen. Wohnpolitisch wurde das Dach über dem Kopf total dem Profitprinzip unterworfen, dem „freien Markt“ ausgesetzt. Wohnungsbaupolitisch hat sich der Staat aus der Aufgabe des Baus preiswerter Wohnungen inzwischen total verabschiedet. Von den sechs Millionen Sozialwohnungen, die es einmal gab, sind noch ganze 1,4 Millionen übrig. Und jedes Jahr fallen weitere 60.000 mit steuerlichen Mitteln finanzierte Wohnungen aus der Sozialbindung, womit im Wesentlichen nur noch Genossenschaften einigermaßen bezahlbare Mietwohnungen anbieten. Seit 2007 werden so gut wie keine Sozialwohnungen mehr gebaut. Seither sind die Länder für die Wohnraumförderung zuständig. Vom Bund erhalten sie dafür insgesamt 500 Millionen Euro

Ausgleichszahlungen im Jahr; ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wohnen ist ein öffentliches Anliegen; es ist auch eine öffentliche Aufgabe. Es darf nicht primär der Privatwirtschaft und dem Renditesystem überlassen werden. Denn dadurch werden die Wohnungen zur Ware, es entsteht nicht billiger Wohnraum, sondern profitabler.

VORURTEIL 8

Die „Asylanten“ sind Sozialschmarotzer. Sie machen sich auf unsere Kosten ein schönes Leben. Der Staat wirft ihnen unser Geld noch hinterher.

Viele kennen angeblich einen Flüchtling, der in Saus und Braus lebt oder weiß es vom Hörensagen. Selbst der für die Flüchtlinge zuständige Innenminister de Maiziere beteiligt sich an dieser Gerüchteküche und Stimmungsmache. Im ZDF-„heute-journal“ behauptete er mit versteinerten Bürokraten-Miene über die Flüchtlinge: „Sie gehen aus Einrichtungen raus, sie bestellen sich ein Taxi, sie haben erstaunlicherweise das Geld, um Hunderte Kilometer durch Deutschland zu fahren. Sie streiken, weil ihnen die Unterkunft nicht gefällt, sie machen Ärger, weil ihnen das Essen nicht gefällt, sie prügeln in Asylbewerberheimen,“.

Asylbewerber erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Neben Unterkunft (meist in Erstaufnahme- und Gemeinschaftsunterkünften), Essen, Kleidung und Hygieneartikeln ist das ein Taschengeld für den erwachsenen Asylbewerber in Höhe von 143 Euro im Monat. Ehepartner erhalten 129 Euro, Kinder unter 18 Jahre 84 Euro. Nach den neuen Asylbestimmungen der Regierung soll das Taschengeld künftig durch Sachleistungen und Gutscheine ersetzt werden. Das soll angeblich die Flüchtlinge vom Kommen abhalten! In der Zeit, in der das Asylverfahren bearbeitet wird, müssen die Flüchtlinge bis zu sechs Wochen, höchstens drei Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen wohnen. Wenn jemand nicht in einem Flüchtlingsheim wohnt, bekommt er als Erwachsener monatlich 212 Euro. Diese Summe muss dann für alles reichen, außer Miete und Heizung und Arztbesuche.

Sobald Flüchtlinge die Erstaufnahmestätten verlassen, bekommen sie Leistungen nach dem veränderten AsylbLG vom März 2015 und orientiert am Hartz-IV-Regelsatz (399 Euro), allerdings zehn Prozent weniger: für eine Einzelperson sind es 359 Euro ; dieser Grundbedarf wird teilweise in Sachleistungen gewährt: Die Kosten für Wohnung und Heizung sowie Arztbesuche bei akuten Beschwerden bekommen Flüchtlinge zusätzlich erstattet. Aber von „schönem Leben“ kann keine Rede sein.

Schäuble will diese Grundsicherung weiter kürzen: zumindest um die Kosten der Eingliederungsleistungen (FAZ, 14.10.15). Es sollen also Menschen bestraft werden, die sich aktiv um Integration bemühen.

VORURTEIL 9

Die überwältigende Mehrheit der Flüchtlinge sind „Scheinasylanten“ und Wirtschaftsflüchtlinge. Das sieht man schon daran, dass die allermeisten Asylbewerbungen abgelehnt werden.

Richtig ist: Nur etwa zwei Prozent (2014: 1,8 %) der Asylsuchenden werden als Asyl berechnete nach Artikel 16a des Grundgesetzes anerkannt. Doch andere Flüchtlinge erhalten einen Schutzstatus nach anderen Einordnungen, insbesondere nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), die auch Deutschland unterschrieben hat; 2014 waren das 24,1%. Die Gesamtschutzquote bezogen auf das Jahr 2015 betrug 48,5%. Rechnet man die von den Verwaltungsgerichten positiv

beschiedenen Klagen abgelehnter Asylbewerber hinzu, so sind das noch einmal gut 10 Prozent anerkannter Asylbewerber. Insgesamt gut die Hälfte der Asylbewerber erhalten also Asylrecht.



Die Anerkennungsquote beträgt für Menschen aus Syrien 96 %, aus Eritrea 99 %, Somalia 74 %, Afghanistan 68 %.

Die Gesamtzahl der Ablehnungen ist deshalb relativ hoch, weil die Balkanflüchtlinge in der Regel abgelehnt werden; sie werden als Wirtschaftsflüchtlinge dargestellt, die nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen. Aus den Balkanländern Serbien, Mazedonien, Albanien, Kosovo, kamen 2015 zusammen gut ein Viertel aller Flüchtlinge (26.3 %). Kosovo und Albanien wurden Mitte 2015 per Gesetz als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft, alle anderen Westbalkan-Länder haben bereits diesen Status. Hier genügt in der Regel für eine Ablehnung der Verweis auf das entsprechende Bundesgesetz. Die Anerkennungsquote liegt bei Null.

Eine höchst fragwürdige Entscheidung. Prantl: „Unsichere Staaten werden per Definition als sicher erklärt“ (SZ, 17.10.15). Man fragt sich z.B., weshalb im Kosovo noch 700 Bundeswehrsoldaten und KFOR-Verbände aus anderen Ländern stehen, wenn dort angeblich alles so sicher und stabil ist.

Oder die Gefährdung von Sinti und Roma: Nach Feststellung der EU-Kommission sind sie in allen Balkanstaaten umfassenden Diskriminierungen und massiven Bedrohungen ausgesetzt. Im ersten Quartal 2015 betrug der Anteil der Roma an den Balkanflüchtlingen 34% (ARD-Tagesschau, 17.8.2015). Andere europäische Länder prüfen hier offenbar genauer, ob nicht die Voraussetzungen für einen Schutzstatus vorliegen. Während die Anerkennungsquote in Deutschland bei Null liegt, erhielten in der Schweiz 2014 37 % der serbischen und 40% der kosovarischen Antragsteller einen Schutzstatus; in Frankreich wurden 20 % der Bewerber aus Bosnien-Herzegowina anerkannt.

Hunger- und Umweltkatastrophen werden nach geltendem Recht nicht als Fluchtursachen anerkannt, die zur Aufnahme von Asylsuchenden führen kann; obwohl nach Umfragen eine Mehrheit der Bevölkerung dafür ist.

Asylrecht und Flüchtlingsschutz richten sich nach dem Völkerrecht, nach internationalen Abkommen, europäischem Recht und nach dem Grundgesetz.

Deshalb dürfen Flüchtlinge nicht einfach ohne Asylverfahren zurückgewiesen oder abgeschoben werden. Auch die geplante Masseninternierung in „Aufnahmezentren“ an den Grenzen wäre ein Verstoß gegen das Völkerrecht.

VORURTEIL 10

Die vielen Flüchtlinge führen zur Islamisierung Deutschlands. Ausländer haben eine hohe Kriminalitätsrate. Die Terrorgefahr wächst.

In Deutschland leben etwa vier Millionen Muslime – etwa fünf Prozent der Bevölkerung. Sie sind in der Regel in den Schulen, Betrieben, in der Gesellschaft gut integriert. Besonderheiten, die sich aus ihrer Religionsausübung ergeben, sind gemäß der grundgesetzlich geschützten Religionsfreiheit zu akzeptieren. Bei einem Gutteil der Bevölkerung aber wird der Islam als Bedrohung empfunden, Muslime gelten als potenzielle Terroristen. Diese Stimmung wird in Verbindung mit den steigenden Flüchtlingszahlen weiter angeheizt, auch von reaktionären Politikern, die die Ängste der Bevölkerung noch verstärken. Bayerns Finanzminister Söder: „Wir wissen gar nicht, wer ins Land kommt und das ist auf Dauer mit der Sicherheit nicht vereinbar“. Und: „Die Gefahr besteht, dass nicht nur Bürgerkriegs-Flüchtlinge, sondern auch Bürger- Krieger kommen könnten“ (zit. nach Monitor, 15.10.15).

Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes, zu der Terrorgefahr, die da angeblich auf uns zukommt: „Wir gehen den Hinweisen natürlich nach. Wir haben nicht einen Fall, wo sich bestätigt hat, dass Mitglieder einer terroristischen Vereinigung aus Syrien oder Irak hierher nach Deutschland kommen, um gezielt Anschläge zu begehen. Ein solcher Hinweis hat sich bislang nicht bestätigt“ (ebenda). Dagegen bestätigt sich täglich die kriminelle Gefahr, die von Pegida-Anhängern, Rechtsextremisten und Neonazis ausgeht: 850 mal wurden im vergangenen Jahr Flüchtlingsunterkünfte angegriffen, dreimal soviel wie 2014. Mehr als viermal so viel wie 2014 (211).

Auch eine höhere Kriminalitätsrate bei Flüchtlingen lässt sich nicht belegen. Häufig wird versucht, diese Behauptung mit der Polizeistatistik zu untermauern, was aber irreführend ist. „Denn die Polizeistatistik erfasst Tatverdächtige, nicht Täterinnen. Daraus kann man lediglich schließen, dass „Ausländer“ häufiger unter Verdacht geraten und polizeilich kontrolliert und angezeigt werden“ (Pro Asyl, „Fakten gegen Vorurteile“, Juli 2015). In der Regel werden Ausländerinnen schneller verdächtigt als Deutsche. Hinzu kommt: Viele Delikte beruhen auf Verstößen gegen das Ausländer- bzw. Aufenthaltsgesetz, die Deutsche logischerweise nicht begehen können. Asylbewerber machen sich schon bei Überschreitung der Landkreisgrenzen strafbar.

Außerdem erfasst die Statistik auch Durchreisende, wie etwa ausländische Touristen, z.B. auf der Wiesn, deren Straftaten man nicht der ausländischen Wohnbevölkerung zurechnen kann.

Schließlich haben Flüchtlinge eine andere Altersstruktur als die deutsche Wohnbevölkerung. Sie fallen in größerem Maß in das kriminalitätsintensivere Alter zwischen 21 und 40 Jahren. Bei altersgruppengerechten Vergleichen schneiden Ausländer meist besser ab als Deutsche.

Auch eine Studie der Universität Münster und Bielefeld kommt zu dem Ergebnis, dass es bei Gewaltdelikten kaum Unterschiede zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund gebe. Der Verfasser der Studie, Christian Walburg vom Institut für Kriminalwissenschaften, erklärte: „Bei jugendlichen Straftätern hänge die höhere Gewaltbereitschaft weniger mit Herkunft und Religion zusammen, sondern vielmehr mit der Frage, wie sozial ausgegrenzt jemand sei“, (vgl. Mediendienst Integration)

AWO-Vorstandsmitglied Brigitte Decker: „Wenn Mesut, Sami und Miroslav die Fußballweltmeisterschaft gewinnen, dann sind das unsere Jungs. Wenn Osman, Dragan und Abdul in eine Schlägerei geraten, dann bekommt das Gespenst von der Ausländerkriminalität neue Nahrung“.

Nachbemerkung

Wochenlang hatte sie die Mutti aller Flüchtlinge gegeben: „Wir schaffen das!“. Jetzt bläst Kanzlerin Merkel zum Rückzug: Verschärfung des Asylgesetzes, verschärfte Abschieberegeln, Reden über Transitzone, neue „sichere Herkunftsländer“, Reduzierung der Zuzüge, Despoten wie Erdogan und aus afrikanischen Staaten als Flüchtlings-Häscher und -Internierer. Flüchtlingsabwehr ist die verschärfte Orientierung: Abschrecken, abhalten, ablehnen, abschieben, Die Devise lautet jetzt: „Wir schaffen das ab!“ Das Asylrecht in seiner Substanz und de facto. Die Kanzlerin redet zwar noch von offenen Grenzen, lässt aber ihren Innenminister alles dicht machen.

Angeblich aus „Sorge, dass die Stimmung kippt“. Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung (17.10.15): „Man kann dieses Kippen der Stimmung auch herbeireden, herbeischreiben und herbeisenden; ich glaube, das geschieht gerade. Es geschieht dies so ähnlich, wie zuvor die Betroffenheit herbeigeschrieben und herbeigesendet werden konnte. Wenn Stimmungen nur Stimmungen sind und keine Überzeugungen, schlagen sie schnell um“.

Literatur/Quellen

- Ansbach, Tatjana und Kutscha, Martin: Die Flüchtlingsfrage: Der Sozialstaat in der Pflicht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/16
- Altvater, Elmar: Zerstörung und Flucht-Von der Hierarchie der Märkte zur Migrationskrise in Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/16
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge): „Asyl in Zahlen“, Asylgeschäftsstatistik
- Bischoff, Joachim und Müller, Bernhard, Das Zeitalter der Massenvertreibungen, Sozialismus 9/2015
- Bonin, Molger, Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt, Bertelsmann Stiftung, 2014
- Bundesbank, Monatsberichte (Dezember 2015):
- Die gegenwärtige Flüchtlingszuwanderung - Unterstellte
- Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und öffentliche Finanzen
- Die Linke: [Flüchtlinge willkommen heißen - Vorurteilen entgegenzutreten](#), Februar 2015
- IG Metall (Ressort Migration/Integration): Flucht und Asyl, Juni 2015
- Lücke, Albrecht von: Die Rückkehr der Grenzen und die populistische Gefahr, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/15
- [Migration und Jugenddelinquenz. Mythen und Zusammenhänge. Ein Gutachten im Auftrag des Mediendienstes Integration](#)
- ProAsyl, [Fakten gegen Vorurteile](#), Juli 2015
- Studiengesellschaft für Friedensforschung: Denkanstöße (Nr. 66/67) zum Thema: Migration - Flucht - Asyl
- [De Maizièr kritisiert Flüchtlinge „Bis zum Sommer waren sie dankbar“](#), Tagesschau Oktober 2015
- UNMCHR (United Nations High Commissioner for Human Rights): Global Trends und Mid-Year Trends 2015
- Ver.di: Flüchtlinge solidarisch aufnehmen, in: Wirtschaftspolitik-Informationen (Wipo.Verdi.de), Dezember 2015